

Muslime als gute Nachbarn
Vom Dialog zur Aktion – Handeln statt reden!
Abdul Hadi Christian H. Hoffmann
Vortrag
Islam-Woche in Stuttgart
21. Juni 2004

I Dialog in Deutschland.....	2
Dialog als Vertrauensbildung.....	2
Dialog in Frage gestellt.....	2
Dialog als Ritual.....	3
II Islam als Grundlage friedlichen Zusammenlebens.....	4
Die Haltung des Islam zu Christen und Andersgläubigen.....	4
Die friedliche Interpretation des Begriffes jihad.....	5
III Vom Dialog zur Aktion.....	7
Integration von Muslimen und muslim. Organisationen in Deutschland.....	7
Jeder kann etwas tun!.....	8
Die Muslime.....	9
Die Mehrheitsgesellschaft.....	9
Erzieherinnen.....	9
Gefängnisse.....	10
Interkulturelle Schulungen.....	10
Kommunale Verwaltung.....	11
Krankenhäuser.....	11
Migranten im Alter.....	13
Moscheebau.....	13
Schulen.....	14
Sport.....	15
Sprachkurse.....	15
IV Strategien für die Zukunft – was können wir tun?.....	16

I Dialog in Deutschland

Dialog als Vertrauensbildung

„Dialog statt Abgrenzung – Vertrauen statt Vorurteile“ unter diesem Titel wurde 1997 die Abschlussarbeit einer deutschen Muslimin im Rahmen ihrer PR-Berater Fortbildung veröffentlicht. Diese Überschrift entsprach den Hoffnungen der Muslime, durch den Dialog in ihrer Unterschiedlichkeit als gleiche angenommen zu werden. Die Dialoge, die in den späten neunziger Jahren geführt wurden, hatten durchaus eine positive Wirkung: man lernte sich kennen, viele Vorurteile wurden abgebaut. Mit der jährlich wiederkehrenden Veranstaltung des „Tages der offenen Moschee“ am 3. Oktober etablierte der Zentralrat der Muslime ein dauerhaftes Forum, bei dem sich interessierte Menschen begegnen konnten. Bewährt hat sich das Netzwerk der Dialogpartner in Deutschland besonders nach dem 11. September 2001: viele Gesprächspartner aus Politik, Kirchen und Medien, nahmen den Islam in Schutz vor den Terroristen, die ihn missbrauchten und mehrfach wurde die Äußerung gemacht, dass nicht der Islam und die Muslime die eigentlichen Feinde seien, sondern diejenigen, die im Namen des Islam Terrorakte verüben. Auch dass es in Deutschland weniger Übergriffe gegenüber Muslimen gab als in vielen anderen Ländern mag auf die von den Dialogpartnern verbreitete Grundstimmung zurückzuführen sein.

In der Zwischenzeit hat sich die Lage jedoch grundlegend geändert. Immer mehr Politiker, Kirchenvertreter, Wissenschaftler und Journalisten stellen den Dialog in Frage:

Dialog in Frage gestellt

Nach der breiten Welle von Dialogveranstaltungen nach dem 11. September 2001, deren Grundlage der Wille zu einer Verständigung war, sind im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus neue Töne laut geworden: Viele Gesprächspartner der Muslime fragen immer lauter, wer denn wohl für den Islam spräche, ob man nicht mit den falschen Dialog geführt habe, ob es wirklich besser sei, „blauäugig“ statt „blind“ zu sein. Kritische Offenheit in der Begegnung miteinander ist eine wichtige Grundlage, denn nur sie hilft, von vorneherein Fehlurteile und Illusionen zu vermeiden. Die pauschale in Frage Stellung, wie wir sie seit einiger Zeit erleben, ist allerdings wenig konstruktiv: Wenn man alle Kritiken zusammennimmt, bleibt niemand mehr übrig, mit dem man Dialog führen könnten und damit wird die gesellschaftliche Kommunikation insgesamt in Frage gestellt. Aber noch wichtiger ist ein anderer Zusammenhang: nur wenn ich mit jemandem spreche oder auch kontrovers diskutiere,

kann ich versuchen, eine Änderung in seinen Einstellungen zu bewirken – allerdings auch auf die Gefahr hin, dass ich meine eigenen Einstellungen durch bessere Einsicht revidieren muss.

Noch bedenklicher ist eine weitere Erscheinung: In jüngster Vergangenheit haben kirchliche Dialogpartner der Muslime nach vielen - wie es schien - konstruktiven und fruchtbaren Begegnungen Meinungen geäußert, die einem Wissensstand entsprachen, den man nur bei Menschen vermutet, die noch nie in ihrem Leben mit Muslimen gesprochen haben. Stellvertretend seien hier die Worte eines hohen Repräsentanten der Evangelischen Kirche erwähnt, der feststellt, dass das Kopftuch eindeutig ein politisches Symbol sei. Da muss man sich doch ernsthaft fragen, hat der Mann überhaupt nicht zugehört – oder will er sich aus populistischen Gründen auf Kosten der Muslime profilieren?

Dialog als Ritual

Eine weitere Methode, den Dialog in Frage zu stellen sei hier nicht unerwähnt gelassen: In seinem Aufsatz „Christian-Muslim Relations in Germany – a Critical Survey“ behauptet Christian Troll, der Dialog sei zu einem Ritual verkommen und man müsse sich deshalb fragen, ob er überhaupt noch sinnvoll sei. Er führt auch die Schritte des Rituals auf: Man betritt die Szene, erklärt seinen Standpunkt, tauscht Papiere aus und trennt sich, mehr oder weniger zufrieden mit dem „Erfolg“ der Veranstaltung. Und noch etwas pointierter: Erster Schritt: der Muslim vermittelt seinen Zuhörern das Gefühl, dass die meisten von ihnen nichts vom Islam verstehen und selbst wenn, dass sie ein völlig falsches Verständnis davon haben. Zweiter Schritt: Der Sprecher nimmt die Position des Opfers ein. Die gesamte bekannte Litanei alter und neuer Skandale und Schwächen des Westens wird aufgezeigt. Dritter Schritt: Der Sprecher betont die gemeinsamen Punkte der Religionen, (Menschenwürde, menschliche Verantwortung vor Gott etc.). Der Muslim habe die Aufklärung nicht nötig, Menschenrechte, Demokratie und Pluralismus seien dem Islam inhärent. Troll schließt diese Zusammenfassung mit den Worten: Natürlich teilen die Dialogpartner diese Haltung nicht. Sie werden jedoch leider von der Vertretern des Islam ernst genommen.

Hier knüpfen sich zwei Fragen an: Heißt ernst nehmen tatsächlich Annahme des anderen Standpunktes? Und zweitens gibt es natürlich auch auf der Gegenseite Rituale: Das beginnt damit, dass erst einmal eine grundsätzliche Bedingung an die Muslime gestellt wird: „Zeigt, dass ihr dialogbereit seid, dann glauben wir Euch auch (vielleicht), dass ihr integrationsbereit seid.“ Die zweite Bedingung lautet: „Bekennet Euch erst einmal vorbehaltlos zu Menschenrechten und Demokratie, dann können wir weiter reden.“ Kommt es dann tatsächlich zum Dialog, wird selbst innerhalb einer Dialogveranstaltung immer wieder die Frage gestellt, ob denn Muslime überhaupt dialogbereit seien – und wenn man nicht umhin kommt, das für Deutschland zu bejahen, wird der

Blick auf die islamische Welt gewendet, in der sicher irgendein Mullah das Gegenteil behauptet hat. Ja, es gibt sogar Dialogveranstaltungen mit dem Titel: „Kein Dialog möglich?“ Das verstehe, wer will. Schließlich stehen dann noch alle Äußerungen der Muslime unter dem Taqqiya-Verdacht: Ihnen wird unterstellt, einem Gebot ihrer Religion folgend, würden sie sich mit allen ihren Äußerungen ja doch nur verstellen und der Mehrheitsgesellschaft Sand in die Augen streuen.

Diese Vorgehensweise ermutigt nicht gerade dazu, weiterhin einen Schwerpunkt auf den Dialog zu setzen. Hier soll nun aber auch nicht das Plädoyer für das Ende des Dialoges gehalten werden. Allerdings sollten die Muslime ihre Bemühungen in eine andere Richtung ergänzen, erweitern und verstärken, d. h. konkret in der Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn Probleme der Integration zu lösen.

II Islam als Grundlage friedlichen Zusammenlebens

Bevor wir uns allerdings den Bereichen widmen, in denen Muslime und Mehrheitsgesellschaft in Zukunft verstärkt im Sinne einer guten Nachbarschaft miteinander zusammenarbeiten sollten, müssen wir noch auf zwei große Vorbehalte eingehen, die den Muslimen immer wieder entgegengehalten werden und die sich in folgenden Fragen zusammenfassen lassen:

- 1) Welche Vorschriften beinhaltet der Islam über das Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen?
- 2) Wie ist der „jihad“ zu verstehen?

Mit anderen Worten: Bietet der Islam eine Grundlage für ein friedliches Zusammenleben? Das soll erläutert werden durch Aussagen des Qur'an über das Verhältnis von Muslimen und Nicht-Muslimen im Allgemeinen und durch Beispiele aus der Sunna des Propheten Muhammad. Im zweiten Abschnitt wird konkret auf die Aussagen des Qur'an zum jihad eingegangen, um die sich viele Ängste von Nicht-Muslimen ranken.

Die Haltung des Islam zu Christen und Andersgläubigen¹

¹ Die Grundgedanken des folgenden Kapitels verdanke ich einem Vortragsmanuskript von Murad Hofmann mit dem Titel: „Das Verhältnis der Muslime zu den Angehörigen der Schriftreligionen.“

Im Qur'an finden wir an vielen Stellen Aussagen über die Haltung der Muslime zu den Angehörigen anderer Religionen. Dazu gehören einerseits positive Aussagen, andererseits aber auch herbe Kritik:

Murad Hofmann schreibt: „Auf der einen Seite lesen wir in nicht weniger als 73 Versen, daß Juden und Christen wegen ihres Besitzes von at-Tawrat (Torah), as-Zabur (Psalmen) und al-Injil (Evangelien) eine gegenüber Heiden privilegierte Stellung einnehmen. ... Am bündigsten sagt es al-Baqara: ‚Wahrlich, die da glauben, auch die Juden, die Christen und die Sabäer, wer immer an Allah und den Jüngsten Tag glaubt und das Rechte tut, die haben ihren Lohn bei ihrem Herrn. Keine Furcht kommt über sie, und sie werden nicht traurig sein.‘ (2: 62)“

Wir sollen mit dem „Volk der Schrift“ nur auf beste Art und Weise diskutieren. (229:46)

„Und nach einer Überlieferung sagte der Prophet Muhammad: ‚Wer einem Juden oder Christen Unrecht tut, der wird mich am Tage des Gerichts als seinen Ankläger finden.‘“ (Hofmann)

„Im Gegensatz dazu finden wir im gleichen Qur'an herbe Kritik an den Schriftbesitzern. Es ist die Rede von Ungläubigen unter ihnen 2: 205, 1: 98, die an Zauberei und Götzen glauben 4: 51, verbotene Dinge verzehren 5: 62, scheinheilig handeln 3:72 sowie ihre eigenen Heiligen Schriften verfälscht haben. 2: 75.“ (Hofmann)

Die Geschichte hat gezeigt, dass auch in der Praxis das Verhältnis von Muslimen zu Nicht-Muslimen geprägt war von einem entsprechenden Miteinander und Gegeneinander. Menschen haben zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Lehren aus dem Qur'an gezogen.

Als Grundlage für ein friedliches Zusammenleben heute ist es wichtig, festzuhalten: Das zitieren einzelner Teile einzelner Suren, in denen Muslime zu einem harten Vorgehen gegenüber Christen aufgefordert werden ist nicht statthaft: Es verfälscht den inneren Zusammenhang der Botschaft des Qur'an. Auch unterbleibt in der Regel die Analyse, auf Grund welcher geschichtlichen Vorkommnisse die jeweilige Aussage offenbart wurde. Eine ehrliche und ernsthafte Auseinandersetzung mit den Inhalten des Qur'an zum Zusammenleben mit den Angehörigen anderer Religionen legt den Schluss nahe, dass friedliches Zusammenleben nicht nur möglich, sondern erwünscht ist.

Die friedliche Interpretation des Begriffes jihad

Ein Begriff, der vielen Nicht-Muslimen Angst macht, ist das Wort „jihad“ – vielfach falsch übersetzt mit „heiliger Krieg“ und heute leider auch von manchen Muslimen in diesem Sinn verwendet.

Schon in einem frühen Text zum Dialog mit dem Titel „Islam – Für das Gespräch mit Christen“ versucht Mohammed Salim Abdullah die unterschiedlichen Bedeutungen, die das Wort jihad haben kann, für die nicht-muslimischen deutschen Leserinnen und Leser zu erklären.

a) „djidhad akbar“ (die äußerste Anstrengung).

Es handelt sich dabei um die Bekämpfung der eigenen schlechten Triebe und Neigungen, von Aggressionen, Hass, Selbstsucht, der eigenen Untugenden und um den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Der „djidhad akbar“ ist also der unablässige innere Kampf gegen Laster und Leidenschaften. Unter diesen Begriff fällt auch das islamische Hilfswerk und die islamische Entwicklungspolitik;

b) „djidhad kabir“ (die große Anstrengung)

Unter diesen Begriff fällt unter anderem die Verkündung des Islam, aber auch der Dialog mit anderen Religionen;

c) „djidhad asgar“ (die kleine Anstrengung)

In diesen Bereich ist der „qital“ einzuordnen: die Verteidigung der Glaubensfreiheit und das Eintreten für Verfolgte und Unterdrückte mit Waffengewalt.“ (Abdullah, S. 117)

Auch Abdoljavad Falaturi und Udo Towruschka bemühen sich in ihrer Handreichung „Der Islam im Unterricht – Beiträge zur interkulturellen Erziehung in Europa“ um eine sachliche Klärung, in der sie feststellen, wie das Wort jihad richtig und wie es falsch interpretiert wird.

„Der Wortstamm g-h-d verweist in seiner nominalen und verbalen Form auf einen geistigen, gesellschaftlichen Einsatz. Das Wort Jihad bezeichnet in erster Linie eine entschlossene geistige Haltung. Ausgehend von dieser Grundbedeutung bezeichnete Dschihad in medinensischer Zeit (vermutlich ab dem 2. Jahr der Hidschra) den Einsatz für den Islam schlechthin, mit der Betonung auf den Einsatz von Vermögen und Leben (vgl. auch Sure 8,72).

Wesentlich ist, dass Dschihad von seinem Wortstamm weder „Krieg führen“ noch „töten“, also in diesem Sinne nicht „Aggression“ beinhaltet, wie dies dagegen beim Wortstamm q-t-l (Kriegführen, töten) / (qital = Schlacht) der Fall ist. Die Zuordnung der Begriffe „eigenes Leben“ und „Vermögen“ in die Inhaltsbestimmung des Wortes lässt keinen Zweifel daran, dass Dschihad die Selbstaufopferung des eigenen Vermögens für

Gott meint, was gleichzeitig seine religiöse Komponente ausmacht. Entsprechend wird dieser Begriff im Qur'an nicht auf konkrete Schlachten bezogen, wie dies bei qital der Fall ist.“ (Falaturi, S. 43)

Leider hat das alles nicht viel genützt, denn Nicht-Muslime sehen es immer noch als ihre Aufgabe, Muslimen zu erklären, was sie unter jihad zu verstehen haben und sie erklären dann überwiegend, dass jihad den Kampf gegen die „Ungläubigen“ bis zu deren Auslöschung bedeutet. Und leider gibt es immer wieder Muslime, die für ihre eigenen Zwecke kriegerische Interpretationen des Wortes jihad verwenden, sei es der ehemalige weltlich orientierte Diktator Saddam Hussein, der, um die Muslime um sich zu scharen, auf einmal den jihad entdeckte oder ein Osama bin Laden, der die Muslime per Video auffordert, im Namen des jihad die westliche Welt zu zerstören.

Hier hilft nur beständige und geduldige Aufklärung einerseits und friedliches Verhalten und Zusammenleben in der Praxis andererseits.

III Vom Dialog zur Aktion

Integration von Muslimen und muslim. Organisationen in Deutschland

Mit dem Projekt „Integration von Muslimen und muslimischen Organisationen in Deutschland“ hat AktionCourage e. V.² ein Zeichen gesetzt: In Berlin und Mainz wurden von 1999 bis Anfang 2004 eine Vielzahl von Initiativen ergriffen, um Muslime und muslimische Organisationen mit Organisationen und Institutionen der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu Kooperationen zusammenzuführen und dauerhaft zu vernetzen.

Das Projekt entstand auf der Basis von Erfahrungsberichten, die zeigten, dass Menschen nicht nur auf Grund ihrer ethnischen Herkunft, sondern auch wegen ihrer Religionszugehörigkeit diskriminiert werden.

Das bemerkenswerte an diesem Projekt ist, dass es mit seinem neuen und bislang einzigartigen Ansatz nach dem Motto „Handeln statt Reden“ Dialogrituale durchbrochen hat, in denen sich oft Vertreter der Mehrheitsgesellschaft mit Vertretern der Muslime zusammenfinden

² AktionCourage e. V. wurde 1992 gegründet. Anlass für die Gründung waren die fremdenfeindlichen Brandanschläge unter anderem in den Städten Mölln und Hoyerswerda. Diese Anschläge zeigten, dass Gewalt und Rassismus in Deutschland zunehmend aggressiver wurden. AktionCourage e. V. wollte diesen bedrohlichen Tendenzen durch gezielte Antidiskriminierungsarbeit entgegenwirken und initiierte seither unterschiedliche Projekte im Antidiskriminierungsbereich.

und sich darüber unterhalten, inwieweit Muslime dialogfähig und dialogwillig sind – vom neuen „Metadialog“ ganz zu schweigen, in dem hinterfragt wird, wer mit wem wie blauäugig Dialog führt.

Die Ausweitung des Personenkreises über einen christlich-islamischen Dialog hinaus und die umfassende Einbeziehung von Themen der alltäglichen Lebenspraxis haben dem Projekt eine Bedeutung und Reichweite gegeben, die es so umfassend in Deutschland noch nicht gegeben hat. Vor diesem Hintergrund ist es gerechtfertigt, wenn wir uns heute unter dem Motto „Muslime als gute Nachbarn“ mit den einzelnen Aspekten des Projektes befassen, da sich aus den Ergebnissen des Projektes in jedem einzelnen Bereich des Zusammenlebens Handlungsanleitungen für Muslime und ihre Nachbarn ableiten lassen.

Jeder kann etwas tun!

Die folgenden Ausführungen richten sich an alle, die in Deutschland dazu beitragen wollen, dass Muslime und Mehrheitsgesellschaft bestehende Probleme gemeinsam lösen und zu einem konfliktfreien Zusammenleben finden. Sicher: Jede Initiative geht zunächst von einer einzelnen Person aus. Aber es spielt wirklich keine Rolle, ob es sich dabei um einen „Privatmann“ oder eine „Privatfrau“ handelt oder z. B. um ein Mitglied in einem Verein, einem Verband, einer Partei, einer städtischen Verwaltung oder einer Kirchengemeinde.

Die grundlegenden Schritte, um etwas zu erreichen, sind immer die gleichen: Es kommt darauf an, möglichst von Anfang an gemeinsam

- Defizite, Bedürfnisse und Probleme aufzuspüren,
- eine Idee zu ihrer Lösung zu entwickeln und verständlich zu formulieren,
- Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen,
- mit denjenigen Kontakt aufzunehmen, die für die Verwirklichung des Vorhabens wichtig sind
- gemeinsam die notwendigen Schritte zu planen und durchzuführen und
- über die Ergebnisse zu informieren und sie dadurch den Betroffenen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Muslime

Einzelne Muslime können genauso aktiv werden wie Moscheegemeinden oder andere Verbände und deren Repräsentanten.

Die Mehrheitsgesellschaft

Auch im Bereich der Mehrheitsgesellschaft kann Einzelinitiative genauso erfolgreich sein, wie Initiativen von den Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Verbandswesen und kirchlichen Gemeinden.

Erzieherinnen

Erzieherinnen in Kindertagesstätten sind oft die ersten Vorbilder der deutschen Gesellschaft, mit denen Kinder aus muslimischen Familien zusammentreffen. Sie können einen wesentlichen Beitrag zur Integration leisten. Leider kommt es vor, dass sie nicht ausreichend auf ihre wichtige Rolle der Vermittlung interkulturellen Zusammenlebens vorbereitet sind.

Aus diesem Grund ist es von großer Bedeutung, dass sie in Kontakt kommen mit muslimischen Eltern, Vertretern von Moscheevereinen und anderen Verbänden, um gemeinsam mit ihnen grundlegende Fragen der Kultur, der Erziehung sowie Speisevorschriften oder religiöse Feste zu besprechen.

Optimal ist es, wenn über Kontakte und Gespräche hinaus, Fortbildungen stattfinden, insbesondere wenn diese von Pädagoginnen oder Sozialwissenschaftlerinnen muslimischer Herkunft gestaltet und durchgeführt werden.

Sollten keine Mittel aufzutreiben sein, ist zu erwägen, ob Eltern nicht gemeinsam einen Arbeitskreis aufbauen, indem durch ehrenamtliche Arbeit wichtige interkulturelle Informationen gemeinsam aufbereitet werden.

Jeder kann hier den ersten Schritt aufeinander zu tun: die Erzieherinnen ebenso wie muslimische Eltern – oder nach dem Modell von AktionCourage e. V. deutsche Einzelpersonen, die als Türöffner und Brückenbauer eine Mittlerfunktion zwischen Muslimen und Mehrheitsgesellschaft einnehmen.

Gefängnisse

Im Bereich der Gefangenenbetreuung lässt sich ein Grundrecht von Strafgefangenen auf religiöse Betreuung herleiten aus den Art. 4 und 140 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit Art. 141 der Weimarer Reichsverfassung.

Aktion Courage e. V. hatte sich die Umsetzung dieses Grundrechts in Berlin und Mainz zur Aufgabe gemacht und Gefängnisleitungen mit Imamen zusammen gebracht. Dabei stellten sich zwei Bereiche als besonders wichtig heraus:

Der immer wieder herausragende Faktor Personal erhält im Rahmen der Gefängnisseelsorge noch eine zusätzliche Bedeutung: Es sind besondere Qualifikationen hinsichtlich psychischer Belastbarkeit, theologischer Ausbildung und Sozialkompetenz notwendig, deren sich die muslimischen Partner oftmals nicht bewusst sind.

Neben der Bereitstellung von qualifizierten Betreuern ist die Klärung der Frage der Finanzierung nicht zu vergessen. Guter Wille alleine ohne Berücksichtigung der personellen und finanziellen Komponente führt zu Frustrationen und schadet mehr als dass er nützt.

Interkulturelle Schulungen

Ein Symposium der Herbert-Quandt-Stiftung hat gezeigt, dass deutsche Schulen ein Defizit haben, wenn es um die Einbeziehung von Toleranz, Multikulturalität und die Darstellung jüdischer und islamischer Kultur im Unterricht geht. In einem Vergleich von 8 europäischen Ländern steht Deutschland auf Platz 5! Nicht nur in Schulen, in allen sozialen Einrichtungen ist der interkulturelle Ansatz leider noch nicht zur Normalität geworden.

Um dieses Defizit zu beheben, bieten sich interkulturelle Schulungen an. Dem Projekt von Aktion Courage e. V. kam zu gute, dass mit dem XENOS-Programm der europäischen Union ein Geldgeber gefunden werden konnte, der es dem Projekt ermöglichte, individuelle Schulungen für die Bereiche Verwaltung, Krankenhaus, Polizei und Erziehung auszuarbeiten und anzubieten.

Auch wenn realistischer Weise gesehen werden muss, dass vor Ort ein solcher Geldgeber schwer zu finden sein wird, sollte der Versuch gemacht werden, derartige Schulungen ins

Leben zu rufen. Ein Beispiel gibt hier die Stadt Bonn, die im Bereich ihrer kommunalen Verwaltung zumindest für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interkulturelle Schulungen anbietet.

Kommunale Verwaltung

Die kommunale Verwaltung ist für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in einer Stadt der zentrale Ansprechpartner. Das gilt auch für die Belange von Muslimen. Leider wissen nach wie vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von kommunalen Verwaltungen sehr wenig über Muslime und Muslimen ist nicht bewusst, wer in der Verwaltung für welche Belange zuständig ist.

Zwar haben die kommunalen Ämter Öffnungszeiten und die Moscheen stehen heute überwiegend im Telefonbuch: Dennoch kann hier private Initiative nach dem Modell von AktionCourage e. V. als „Türöffner“ oder „Brückenbauer“ funktionieren.

Für Angestellte der Kommune, die sich nicht sicher sind im Umgang mit Muslimen, besteht die Möglichkeit, sich Rat zu holen bei einer vorbildlichen Initiative: Die Bundesstadt Bonn hat Schulungen auf diesem Gebiet durchgeführt und sachkundige Materialien erstellt:

Runde Tische

Als Grundlage für den Informationsaustausch und als Basis für eine Kooperation wurden in einigen Bezirken in Berlin „Runde Tische“ institutionalisiert. In der Regel lädt der / die Verantwortliche für Migration zu den Treffen ein, die abwechselnd im Rathaus oder in einer Moschee stattfinden.

Krankenhäuser

Krankenhäuser sind nicht nur Orte, an denen körperliche Leiden durch medizinische Hilfe geheilt werden. Heilung kann durch geistliche Betreuung wesentlich gefördert werden. Nicht nur in Krankenhäusern mit kirchlichen Trägern gibt es deshalb Andachtsräume oder „Räume der Stille“, die von Angehörigen einer oder mehrerer Konfessionen genutzt werden. Häufig sind die Kapellen oder Andachtsräume mit so vielen christlichen Symbolen wie Kreuz oder Statuen von Heiligen ausgestattet, dass Muslime dort nicht beten können.

Räume für das Gebet

Für alle, die dazu beitragen möchten, für Muslime in einem Krankenhaus die Möglichkeit zur Besinnung oder zum Gebet zu schaffen, folgen hier zunächst die wichtigsten Voraussetzungen für einen solchen Raum:

Der Raum, in dem gebetet werden soll, muss sauber sein. Er sollte mit Teppichboden ausgestattet sein. Da er nicht mit Schuhen betreten werden darf, sollte in Türnähe ein Schuhregal vorhanden sein.

Muslime beten in Richtung Mekka (die Gebetsrichtung kann an jedem Ort in Deutschland mit dafür geeigneten Kompassen festgestellt werden). Die Richtung nach Mekka (qibla) sollte durch ein Zeichen, z. B. einen Pfeil auf den Boden oder an der Decke, klar gekennzeichnet sein. Bei einem „Raum der Stille“, der mit anderen geteilt wird, sollte darauf geachtet werden, dass in der Gebetsrichtung keine Bilder und andere Gegenstände zu sehen sind, damit Muslime ohne Ablenkung beten können. Exemplare des Korans sollten vorhanden sein, ebenso einzelne kleine Gebetsteppiche.

Da es zur Pflicht eines Muslims gehört, sich vor dem Gebet durch eine rituelle Waschung zu reinigen, sollten Toiletten / Waschbecken für die Waschung möglichst in der Nähe sein. Der Waschraum sollte mit einer kleinen Gießkanne ausgestattet sein. Um den Waschraum nicht mit Schuhen oder nackten Füßen betreten zu müssen, ist die Bereitstellung von Latschen zu empfehlen.

Kosten

Wenn aus Kostengründen absolut kein eigener Raum für Muslime bereitgestellt werden kann, sollte der Versuch unternommen werden, Muslimen den Besuch eines gemeinsamen, schlicht gestalteten Andachtsraums zu ermöglichen.

Muslimische Seelsorger

Für Patienten, die während ihrer Genesungszeit ihr Bett nicht verlassen können, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, geistliche Betreuung durch einen Imam zu erhalten. In diesem Zusammenhang sind allerdings zwei Fragen zu beachten: Haben die muslimischen Gemeinden vor Ort Imame, die für diese Aufgabe ausgebildet sind, und können diese Imame freigestellt werden? Wer übernimmt die Kosten für die Betreuung? Dies sollte vor Beginn einer Initiative geklärt werden. Ist der erste Schritt einer erfolgreichen Kontaktaufnahme gemacht und kann dann aus personellen oder finanziellen der zweite Schritt einer Bereitstellung der Seelsorge nicht folgen, entstehen unnötige Frustrationen auf beiden Seiten.

Als minimale Lösung sollte die Telefonnummer eines Imams gemeinsam mit den christlichen Seelsorgern im Telefonverzeichnis des Krankenhauses aufgeführt werden.

Migranten im Alter

In Deutschland hat die erste Generation von Migranten aus islamischen Ländern das Pensionsalter erreicht. Viele Muslime sind im Gegensatz zu ihrer ursprünglichen Lebensplanung in Deutschland geblieben. Ihren Kindern liegt der westliche Lebensstil vielfach näher als der muslimische Familienzusammenhalt. Daraus ergeben sich spezielle Probleme im Alter. Dazu gehören Bereiche wie z. B. Altenwohnheime, die den Lebensgewohnheiten der Muslime entsprechen sollten, ambulante und stationäre Pflege, die interkulturelle Öffnung der Pflegeeinrichtungen etc.

Die besonderen inhaltlichen Anforderungen, die in diesem Bereich eine Voraussetzung für eine sinnvolle Arbeit darstellen, lassen es nicht ratsam erscheinen, dass sich Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne spezielle Vorbildung ehrenamtlich engagieren. Kommunale Verwaltung, kirchliche Stellen und andere private Betreiber von Einrichtungen in diesem Bereich sollten jedoch alles tun, um den Kontakt mit Repräsentanten der muslimischen Gemeinden herzustellen, um so gemeinsam Angebote zu schaffen, die den Lebensgewohnheiten und Glaubensvorstellungen der älteren Muslime entsprechen.

Modellhaft für diese Arbeit ist in Berlin z. B. die Arbeitsgruppe „Kommunale Arbeit mit älteren Migranten“, die vom Seniorenamt des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg in Zusammenarbeit mit der Ausländerbeauftragten gegründet wurde. Anknüpfungspunkte für diese wichtige Aufgabe sollte es in jeder kommunalen Verwaltung geben.

Moscheebau

Fragen des Moscheebaus waren kein Anliegen des Projektes von AktionCourage e. V. Dennoch wird dieses Thema hier aufgegriffen, da der Wunsch von Muslimen, an ihrem Wohnort in einem würdigen Raum beten zu können, nach wie vor in vielen Städten nicht umgesetzt ist. Ihre Bemühungen, Moscheen zu errichten sind oftmals von großen Schwierigkeiten begleitet.

Dank einer Initiative der Herbert-Quandt-Stiftung liegt seit April 2001 ein Handbuch vor mit dem Titel: „Der Weg zur Moschee – eine Handreichung für die Praxis“. Die Autoren Claus Leggewie, Angela Jost und Stefan Rech beschreiben an vier Fallstudien Probleme, die beim Moscheebau entstehen können und schließen daran an Empfehlungen, wie diese Probleme zu vermeiden und zu lösen sind.

Das Handbuch wendet sich an Moscheevereine ebenso wie an die entscheidenden Stellen der Kommunalverwaltung, wie z. B. das Bauamt, an die Vertreter der örtlichen Presse ebenso wie an die Vertreter der kirchlichen Gemeinden und gibt wichtige Anregungen, wie alle Beteiligten das Ihre dazu beitragen können, damit der Moscheebau in Deutschland in Zukunft in geordneten Bahnen verlaufen kann.

Die Handreichung ist zu beziehen bei:

Herbert-Quandt-Stiftung

Löwengasse 15

61348 Bad Homburg v. d. Höhe

Tel. 06172 66 55 15

Fax. 06172 66 55 23

e-mail: H-Quandt-Stiftung@altana.de

homepage: www.h-quandt-stiftung.de

Schulen

In den Schulen von heute werden Kinder unterschiedlicher Herkunft darauf vorbereitet, morgen als Erwachsene in der deutschen Gesellschaft zusammenzuleben.

In diesem so wichtigen Bereich gibt es eine Vielzahl von Problemen, die sicher nicht alle durch persönliches Engagement gelöst werden können. Das Mainzer Projekt hat gezeigt, wie durch gemeinsame Initiativen Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden können, die bei später auftretenden Problemen die Kontaktaufnahme erleichtern:

Es ist heute in Mainz zur Tradition geworden, dass die Eltern und Kinder muslimischer und nicht-muslimischer Herkunft an einem gemeinsamen Einschulungsgottesdienst teilnehmen. Ein zentraler Tag im Leben eines Kindes wird gemeinsam begangen. Nicht nur Kinder unterschiedlicher Religionszugehörigkeit werden zusammengeführt, auch muslimische Eltern können einen ersten Kontakt mit den Lehrerinnen und Lehrern ihrer Kinder finden. Dieser erste

Kontakt kann die Schwellenangst aufheben, an Elternabenden teilzunehmen oder Lehrer direkt anzusprechen, wenn ein schulisches Problem entsteht.

Zu diesem Bereich gehört ebenfalls die Hausaufgabenhilfe. Auch hier muss darauf hingewiesen werden, dass die Etablierung von Hausaufgabenhilfen, was die Bereitstellung von Personen und finanziellen Mitteln angeht, nicht immer leicht ist, aber in jedem Fall den Einsatz lohnt.

Sport

Sport kann einen Beitrag zur Integration darstellen. Der Eintritt in einen bestehenden Verein ist sicher der einfachste Weg: Erfahrungen in Berlin haben gezeigt, dass der Eintritt von Muslimen in Sportvereine nicht nur problemlose Zugangsmöglichkeiten zu sportlicher Betätigung bietet, sondern dass in Berlin z. B. die Integration von Muslimen gerade über den Bereich Sport am weitesten fortgeschritten ist.

Es muss allerdings gesehen werden, dass es auch spezifisch muslimische Bedürfnisse gibt, die in einem traditionellen deutschen Sportverein nicht befriedigt werden können. Dazu gehört insbesondere das nach Geschlechtern getrennte Schwimmen in öffentlichen oder privaten Badeanstalten. Wer diese Möglichkeit schaffen will, sollte sich bewusst sein, dass es ein langer Weg werden kann: Es müssen unterschiedliche Badezeiten und Raumangebote vorhanden sein, bzw. geschaffen werden. Die Frage eines besonderen Versicherungsschutzes muss geklärt werden. In personeller und finanzieller Hinsicht muss Klarheit bestehen, wer die Bademeisterinnen bereitstellt und bezahlt. Die Erfahrung des Projektes von AktionCourage e. V. in Berlin und Mainz haben gezeigt, dass es zwar nicht einfach, aber dennoch möglich ist, alle diese Hürden zu überwinden.

Sprachkurse

Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland. Umfragen, Untersuchungen und Studien zeigen, dass es hier große Defizite gibt, die es abzubauen gilt.

Als Anbieter für Sprachunterricht kommen nicht nur die einzelnen Moscheevereine selber in Frage, sondern vor allem auch städtische Anbieter, wie z. B. die Volkshochschule. Dabei ist – entsprechend den Erfahrungen von AktionCourage e. V. in Berlin - zu beachten, dass die

Volkshochschulen ihre Arbeit nicht speziell auf die Zielgruppe der Muslime richten, sondern auf Migranten im Allgemeinen. Da aber gerade für muslimische Frauen spezielle Angebote notwendig sind, besteht hier ein besonderer Überzeugungsbedarf gegenüber den Volkshochschulen, der aber durchaus erfolgreich geleistet werden kann.

Wie in allen Bereichen gilt hier die Frage nach qualifiziertem Personal und Übernahme der Kosten. Wobei zu berücksichtigen ist, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Sprachkursen durchaus bereit sind, angemessene Teilnehmergebühren zu zahlen.

Das Modellprojekt hat gezeigt, dass Sprachkurse auch in Moscheen durchgeführt werden können. Neben den Volkshochschulen konnte die AWO als Kooperationspartner gewonnen werden. Hier sollte vor Ort geprüft werden, welche Partner in Frage kommen.

IV Strategien für die Zukunft – was können wir tun?

Zusammenfassend sind folgende Schritte als Grundlage für ein friedliches Zusammenleben nötig:

- 1) Weiterarbeit an der Vermittlung eines sachgerechten Bildes über den Islam
- 2) Weiterführung eines ehrlichen und ernst gemeinten Diskurses
- 3) Beginn einer Kooperation im Sinne des Projektes von AktionCourage e. V.